DER WEG DER JUNGEN DEMOKRATIEN NACH EUROPA: REVOLUTION – TRANSFORMATION – INTEGRATION

Zum zehnten Jahrestag der ersten freien Volkskammerwahlen in der DDR, vom 16. bis 18. März 2000, veranstaltete die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Berliner Rathaus eine internationale Konferenz über den „Weg der jungen Demokratien nach Europa“.

Der ostmittel- und osteuropäische Systemumbruch von 1989 sollte in seiner gesamteuropäischen Dimension anhand der drei Etappen „Revolution, Transformation und Integration“ betrachtet werden. Diese Trias entsprach der Abfolge der Podien und Einzelvorträge, wobei es in den Diskussionen stets zu Überschneidungen kam und sich einige zentrale Themen herauskristallisierten. Zu diesen gehörte die Frage nach der Rolle der kommunistischen Vergangenheit für die heutigen Gesellschaften. Daneben ging es um die Ursachen und Bilanz des Umbruchs und damit nicht zuletzt um die Rolle der ehemaligen Bürgerrechtler, die bei den Diskussionsrunden auch zahlreich vertreten waren. Durchgängiges Thema war schließlich die Bedeutung Europas – häufig gleichgesetzt mit der EG bzw. EU – oder weiter gefaßt: des Westens, in Zeiten der kommunistischen Herrschaft wie für die Zukunft.

Für diese Themenschwerpunkte läßt sich exemplarisch, mit einigen Ergänzungen durch weitere Beiträge der Tagung, das Podium „Die Revolutionäre von 1989 und ihr Selbstverständnis“ des ersten Tages anführen: Arthur Hajnicz, Mitbegründer der Solidarność, die den kommunistischen Alleinherrschaftsanspruch schon früh konterkarierte, befand für Polen, daß der Kommunismus schon 1980/81 tot gewesen sei, aber erst im Jahr 1989 mit der Ablösung der „Weltordnung des Kalten Krieges“ sein offizielles Begräbnis fand. Diese Zäsursetzung rief grundsätzlichen Widerspruch hervor: Nicht nur Sergej A. Kowaljow und Arseni Roginski von „Memorial Moskau“ vermißten in ihrem Land eine offene Auseinandersetzung und einen Bruch mit der kommunistischen Vergangenheit. Als Beispiele führten sie an, daß die letzten drei Premierminister allesamt ehemalige KGB-Offiziere waren und zudem die gleichen Feindbilder wie früher herrschten: als äußerer Feind der Westen und als innerer die liberale Intelligenz. Auch András B. Hegedüs (Budapest) attestierte für Ungarn im weiteren Verlauf der Tagung Wirkungen einer „Communist Legacy“ in Form von autoritärem, aber auch passivem Verhalten der Bürger und nationalistischen Tendenzen.

Eine andere Variante des Erbes aus kommunistischer Zeit beschrieb Jiří Gruša, der als Dissident im Jahr 1981 von der tschechoslowakischen Regierung ausgebürgert worden war. Er bezeichnete die Gegenkonzepte zur kommunistischen Durchdringung von Staat und Gesellschaft wie die „Antipolitik“ und Entwürfe einer Zivilgesellschaft als Reflexe der Isolation – 1989 habe dann allerdings das Wissen gefehlt, ob und wie diese Ideen in Politik umgesetzt werden könnten. Das Moralisieren und Predigen der einstigen Dissidenten führten mittelfristig auf ein (partei)politisches Abstellgleis und schließlich setzte sich – zumindest formal – die von Václav Klaus bevorzugte „Standarddemokratie“ durch. Neben diesen kritischen Anmerkungen sah Gruša aber auch eine positive Traditionslinie von der politischen Bedeutung der literarischen Zeitschrift „Tvář“ als „Denkparlament des oppositionellen Denkens“ und der Politisierung der Dissidenten durch die „Analyse der Sprache der Diktatur“ mittels Literatur bis hin zur Erlangung der Freiheit in den Revolutionstagen und zur jüngsten politischen Initiative „Děkujeme – odejděte!“ (Danke – tretet ab!), die auf mehr politische Beteiligung und Verantwortung der Bürger in der Gesellschaft abzielt.

Als in diesem Zusammenhang die Bedeutung des Westens für die einstigen Dissidenten erörtert wurde, ergab sich ein eindeutiges Bild: Man hätte sich mehr Mut

gewünscht. Als hilfreich wurde die Ausstrahlung des KSZE-Prozesses mit der Schlußakte von Helsinki bewertet, weil sich die Opposition damit auf Rechte berufen konnte, die von der eigenen Regierung anerkannt worden waren. Andererseits aber habe der Westen die kommunistischen Staaten durch seine Anerkennung gestützt – so der rumänische Parlamentarier Gheorghe Ceauşescu. Mehrfach wurde auch mit bitterem Unterton die Einschätzung geäußert, daß dem Westen der Frieden wichtiger gewesen sei als die Freiheit.

Generell wurde der ursächliche Anteil der Dissidenten am Systemumbruch zugunsten der ökonomischen Krise der Sowjetunion – wo nahezu 80 % der Ausgaben in die Rüstung flossen – und der Aufhebung der Breshnev-Doktrin relativiert. Bis zuletzt hätte ein „Nein“ der Sowjetunion den Systemumbruch verhindern können, zumal die Perestrojka-Architekten letztlich keine Demokratie im westlichen Sinne gewollt hätten (Kowaljow). Als sich aber die Möglichkeit eröffnete, wurden die Oppositionellen zu wichtigen Kräften und erreichten ihr allgemeinstes Ziel: „daß die Herrschaft der einen führenden Partei zum Ende kommt“ (Rainer Eppelmann). Zivilgesellschaftliche Visionen und Runde Tische hatten dann freilich nicht mehr viel Platz. Für Rußland liest sich die Entwicklung bis heute ganz anders; die russischen Gäste sprachen durchweg von einem „Rollback“ im Land und empfahlen, Demokratie in Rußland erst in einem Jahrzehnt zu diskutieren.

Analytisch interessant waren auch die Überlegungen zur begrifflichen Fassung der Ereignisse von 1989, die der Historiker Konrad H. Jarausch (Potsdam) vorstellte. Als Fazit bleibt festzuhalten: Die terminologische Alternative von „Zusammenbruch“ und „Revolution“ greift zu kurz und faßt auch nicht die ganze Region, da beispielsweise in Ungarn eher ein gradualistischer „vorbereiteter Übergang“ stattfand. Als gemeinsamer Zug hervorzuheben ist – mit der Ausnahme Rumäniens – der gewaltlose und transnationale Charakter der Ereignisse und in allgemeinsten Weise die „lebensgeschichtliche Wende“.

Für den weiteren Verlauf der Transformation gab Klaus von Beyme (Heidelberg) einen Ausblick auf „Schwierige Wege zur Demokratie“: Wenn auch die wirtschaftliche Entwicklung in Ostmitteleuropa nicht durchweg optimistisch stimme, so bleibe die schwierigere Aufgabe, die politische Kultur zu festigen. Dem Lerneffekt von Institutionen und (neuen) demokratischen Erfahrungen steht noch eine „Communist Legacy“ in Form von alten Nomenklatura-Eliten und Verhaltensweisen entgegen. Es gelte die Regel, daß „Transitologie nicht nur Progressologie“ sein kann, sondern auch Rückschritte zu gewahren hat. Konsolidierung jedenfalls dauere eine Generation. Dies betonte auch György Dalos (Berlin), der süffisant anmerkte, daß die Transformation erst abgeschlossen sei, wenn nicht jede Partei nach dem Wahlgewinn wieder erwarte, ewig an der Macht zu bleiben. Problematisch sei zudem, daß eine Ideologisierung immer von außen gekommen sei: erst als Sowjetisierung, dann als einseitige Orientierung am Westen, vor allem als Konsumhaltung. Es sei eben eine zu schnelle Wendung, wenn nun auch die Sozialistische Partei Ungarns verlautbare, daß der Kapitalismus aufgebaut werden müsse.

Bleibt abschließend die Frage nach den europäischen Perspektiven: Markus Meckel erinnerte bereits als einer der Begrüßungsredner der Tagung daran, daß erst die weitere Einbindung Deutschlands in die EG die deutsche Vereinigung ermög-

lichte und die Perspektive eines EU-Beitritts den ostmitteleuropäischen Staaten Transformationsanreize gab. In der Tschechoslowakei schrieb das „Občanské Fórum“ (Bürgerforum) bereits 1989 die „Rückkehr nach Europa“ auf seine Fahnen. Heute, nachdem die Euphorie weitgehend verfliegen ist, widerstreiten zwei Tendenzen in der Gesellschaft: Einerseits mache sich Euroskeptizismus breit, der vielleicht gerade nach der Teilung der ČSFR darauf gründet, den kleiner gewordenen Staat behaupten zu wollen. Andererseits sei auch ein gewisser Pragmatismus zu erwarten, der mit der Hoffnung verbunden ist, daß „Brüssel“ Ordnung bringe, was natürlich auch einen Verzicht auf Selbstorganisation darstelle (Miroslav Kunštát, Prag). Die Suche nach ideellen Gemeinsamkeiten und Perspektiven Europas ist heute in der Region teilweise von Versuchen überschattet, ein nationales Bewußtsein zu konstruieren; Völkerfreundschaft bleibe wie zuvor eine Utopie (Hegedüs) und die gemeinsamen „Gene“ von 1989: Offenheit, Demokratie und Gewaltlosigkeit (Roginski) entfalteteten sich nicht überall. Schließlich wird es zwischen den Staaten der „vierten Welle der Demokratisierung“ weiterhin große länderspezifische Unterschiede geben.

Vor dem Hintergrund dieser Beiträge wirkte die Frage nach einer europäischen Identität, einem europäischen Geschichtsbewußtsein konstruiert, vielleicht auch verfrüht. Es könnte zunächst genügen, von einem Teil gemeinsamer Erfahrungen zu sprechen, zu denen natürlich auch die Ereignisse von 1953, 1956, 1968 und 1989 innerhalb fünfzigjähriger kommunistischer Herrschaft gehören.

Denn die Präsenz der Geschichte wurde auf der gesamten Tagung deutlich: Die Diskussionen fanden immer wieder zur kommunistischen Vergangenheit und ihren Nachwirkungen in der Gegenwart zurück.